

Saale-Beitung.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei ...

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

Schönheiderstraße 17/18.

Schönheiderstraße 17/18.

Nr. 205.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 3. Mai

1902.

Politische Wochenschau.

Wer sind die Täter? Was soll das Leugnen in einer Sache, die dem deutschen Namen wahrlich nicht zur Ehre gereicht!

Die Arbeiten in der Kommission nehmen übrigens einen schnelleren Fortgang, nachdem die Obstruktion der Agrarier weniger heftig auftritt und die Linie zunächst nur noch bei Positionen von Tragweite sich befindet.

Man wendet sich also draußen an die breiten Massen, nachdem man in der Kommission bemerkt hatte, daß es überflüssig wäre, mit dem Kopfe gegen Mauern, die aus Eisenerz und Verbodtheit errichtet sind, weiter anzurennen.

Wer sind die Täter? Diese Frage ist in dem dritten Kongressprozeß wieder nicht zur Entscheidung gekommen.

wieder Einspruch seitens des Betreters der Anklage gegen das freisprechende Urteil erhoben werden? Das sind die Fragen, die sich jetzt aufdrängen, nachdem das erste freisprechende Urteil über den Spruch des Gumbinner Kriegsgerichts der Ueberzeugung geblieben ist.

Gerüchte schwirren im Auslande zur Zeit genug herum. In Rußland hört man von großen Aufständen der Bauern im Innern. Ob diese Meldungen sich bewahrheiten, bleibt abzuwarten.

Sollte Gewißheit haben auch die mit großer Spannung erwarteten Wahlen in Frankreich noch nicht gebracht. In Paris haben die Nationalisten den Erfolg davongetragen, in der Provinz haben die Regierungsparteien im großen und ganzen ihren Besitzstand angetreten.

Deutsches Reich.

Des- und Personalnachrichten.

* Prinz Georg von Preußen ist gestern Abend 7 Uhr 45 Min. in Berlin gestorben.

* Prinz Georg von Preußen, ein Großsohn des Kaisers, war das älteste lebende Mitglied des königlichen Hauses; am 12. Febr. 1826 zu Düsseldorf geboren, hat er ein Alter von 76 Jahren erreicht.

* Auf das bei der Eröffnung der Ausstellung in Düsseldorf an den Kaiser gelangte Jubiläumstelegramm ist gestern bei der Ausstellungsleitung das folgende Antworttelegramm eingegangen:

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Meldung von der Eröffnung der dortigen Industrie-, Gewerbe und Kunst-Ausstellung und den Ausdruck neuer Ergebenheit mit Freude entgegengenommen und lassen bestens danken.

* Reichskanzler Graf Bülow ist aus Düsseldorf gestern in Berlin wieder eingetroffen.

* Unter zahlreicher Beteiligung hat gestern an dem Friedhofe in Elsdorf bei Hamburg die Beerdigung des Kommodore Albers stattgefunden.

Aus der Zolltarifkommission.

An der gestrigen Sitzung der Zolltarifkommission wurde bei der Weiterberatung des Schieferzolls der

Abg. Gothein davor, wegen einer augenblicklichen und vorübergehenden ungünstigen Konjunktur Zollhöfungen zu beschließen, welche lediglich einen Anreiz dazu geben würden, unvermeidbare Schiefergerben in Betrieb zu setzen und damit eine wirkliche Nothlage zu schaffen.

Beim Petroleum soll wurde das Monopol der Standard Oil Company eingehend besprochen und die Abg. Gent v. Hermannheim und Dr. Waacke wollten dasselbe durch eine differentielle Behandlung des im Inland raffinierten und des im Auslande gereinigten Mineralöls bestimmen.

Politisches.

* Nachdem dieser Tage erst die „Berl. Vol. Stach.“ erklärt hatten, die dem Reichsdagbetriebe angeknüpften 43 Millionen Reichsdollars für 1901 weiterhin sich voranschichtlich etwas ermäßigen, erklärt jetzt die „Neu. Vol. Stach.“, die unter dem gegenwärtigen Regime annehmend die Rolle als offizielles Organ spielt wie die erlangene Korrespondenz in der Germania, daß das Zeitwort nachdrücklicher Weise bereits auf etwa 50 Millionen Mark gesunken sei.

* Auf Grund eines Vortrages des Ministerpräsidenten in Reichshof machte der Allmonarch deutsche Sprachlehrer die Reichsbehörden aufmerksam auf die Verwirrung der deutschen Sprache in Ostpreußen durch Vermischung mit Worten der holländischen, englischen, der Dänischen und Norwegischen. Dem Vorstehenden des Vereins gibt nun ein Festschreiben des Reichsstatistikbüros Grafen v. Bülow zu, daß die hebräerische Sprache des Reichs nicht anzuwenden, wenn unsere Sprache dort bereits im Munde der deutschen Einwanderer einen didaktisch-ethnischen Charakter hat.

* Aus Lübeck erhält die „Köln. St.“ folgende überraschende Meldung: Der Verein der freiwilligen Volkspartei soll in Erwägung zur Verdrängung der Sozialdemokraten bei der nächsten Reichstagswahl den Ordnungsparteien die Kandidatur des Prinzen Heinrich von Preußen anempfehlen.

Prinz Heinrich hat sich in der alten Hofkapelle während seiner letzten Anwesenheit bei Beattungen in die Höhe gelichtet gemacht. Das republikanische Geist der Lübecker, sich aber so weit verteidigen konnte, hätten wir nicht gedacht. Jedenfalls zeigt die

Freisinnige Volkspartei mehr als die „Klein. Ztg.“, die auf eine solche Meldung eingegangen ist.

Parlamentarisches.

* Bei der Reichstagswahl in Celle waren bis abends 10 Uhr gezählt für die „Klein. Ztg.“ 10,735, für die „Freie Presse“ 10,104 Stimmen; 27 (achtzig) Stimmen noch aus.
* Es scheint sich festzusetzen, daß das Bundesgesetz über den Verkauf des Reichsrauchs nur in erster Lesung und dann nach der Vertagung am Herbst endgültig erledigt werden soll. In diesem Sinne wenigstens wird sich wahrscheinlich auch der Präsident der Reichsversammlung nachgeben, das Centrum äußert. — Die Regierung wird sich einer großen Schwäche schuldig machen, wollte sie sich mit dieser Aufsicht zufrieden geben.
* In der bairischen Abgeordnetenkammer beim Jollatrat verlangte, wie die „Freie Pr.“ meldet, Abg. Hilbert, die Regierung möge die sofortige Kündigung der Handelsverträge im Bundesrat aufzuheben. Der Finanzminister lehnt es ab, hierauf einzugehen, und die Kammer stimmt der Ausweisung des Referenten zu, über die Getreidezölle nicht zu sprechen.

Verwaltung und Reichspresse.

* Das Reichsgericht verurteilt die Revision der Redactionen Schmidt und Jahn vom 20. März, die am 2. Dezember wegen Veröffentlichung von Nummernbriefen zu 6 bezw. 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.

Arbeiterbewegung.

* In Anbetracht der Misere, die zwischen der Verwaltung des Reiches und der Arbeiter in Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und den Arbeitern des Südens zu Differenzen gekommen, die Verwaltung war den Arbeitern in der Weise entgegengekommen, daß sie am 1. Mai um 5 Uhr nachmittags den Betrieb schließen wollte. Die überwindende Mehrzahl der Arbeiter, etwa 2000, erließen bereits mittags, als die Mittagspause obliet, nicht nur eine Resolution, sondern auch ein Aufruf, die Verwaltung zu beschließen, für zwei Wochen den Betrieb zu schließen und die Arbeit erst am Montag wieder beginnen zu lassen. Gestern nachmittag hielten die Arbeiter eine Versammlung ab, um Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen.
* Durch Kabinetsordre ist die Offizierslaufbahn auch den Militärenten der Dberrealien freigegeben.
* Das deutsche Geschworen unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen hat gestern früh um 8 Uhr den Lauch (Stoll) verurteilt und führt nach der Calow-Bai weiter.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der „Saale-Ztg.“)

180. Sitzung vom 2. Mai. 1 Uhr.

Das Haus ist gut besetzt.
Im Bundesratsbüreau: Graf Kolobowetz u. a.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der 2. Diätenvorlage.
Die Kommission hat die Regierungsvorlage dahin abgeändert, daß jedes Mitglied der Reichstagskommission 2000 — anstatt 2400 Mk. — erhält und daß etwaige Landtagsdiäten davon abgezogen werden sollen. Die näheren Bestimmungen soll der Präsident erklären.
Abg. Dr. Barth (fr. Wg.) beantragt, die Beschlußfassung über die Diätenvorlage lange hinauszuschieben, bis der Bundesrat zu dem Reichstagsbeschluß vom 10. Mai 1901 betreffs Einführung allgemeiner Diäten Stellung genommen hat.
Die Sozialdemokraten **Abricht** und **Gen** beantragen, an Stelle des Reichstagsbeschlusses den Artikel 32 der Reichsverfassung dahin zu ändern, daß allgemeine Anwartschaften auf ein Amt von 10. Mai 1901 ab zu gelten kommen.
Der Reichspräsident **Ulrich** erklärt, daß der Reichstag über die Beschluß der Kommission und theilhaft, daß die beiden vorliegenden Anträge auch in der Kommission geteilt, aber dort abgelehnt seien.
Abg. **Bebel** (Soz.) hat inzwischen den handschriftlichen Entwurf angetragen, eingehend, daß in Fall der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags, die Kommissionsvorlage dahin geändert wird, daß, unter Abänderung des Artikels 32 der Verfassung, den Mitgliedern der Reichstagskommission Anwartschaften von 20 Mk. pro Tag zugesagt werden, unter Abänderung etwaiger Landtagsdiäten.

Abg. Dr. **Barth** (fr. Wg.) äußert verständlich, daß er seinen Antrag, der Reichstag, ist es seiner eigenen Würde schuldig, nicht länger es mit anzusehen, daß keine Reichstagskommission in die Diäten behandelt werden. Im übrigen ist es ganz überflüssig, den Mitgliedern der Reichstagskommission Diäten zu zahlen, denn die Schwierigkeiten des Aufkommens des Laufs liegen nicht in der Kommission. Die Untere Kommission, daß der Reichstag, das ist das Problem und in jeder Hinsicht beizubehalten. Eine bessere Alternative für die Arbeiter konnte man sich in gar nicht wünschen. (Nur rechts: **Abwarten!**) Jedenfalls würden die Mitglieder ihrer Partei die Kommissionssache rühmend ablehnen (Unruhe rechts: **Abwarten!**) Ich würde diese Diäten und die Würde des Reichstags gefährden.
Abg. Dr. **Baden** (Soz.) führt aus, daß in der Vorlage selbst ein Hinweis bezüglich Abänderung der Verfassung nicht fehlt. Auch die Sozialdemokraten, die neben der Verfassung hergegangen, obwohl sie doch bedeutende Verfassungsänderungen enthalten, ebenso die Sozialdemokraten. Er bezieht, daß die Vorlage das Ansehen und die Würde des Reichstages schädigt. Annehmen seien die beiden sozialdemokratischen Anträge.
Abg. **Bebel** (Soz.) empfiehlt in erster Linie den Antrag Barth, da dieser für die augenblickliche Situation am besten ist. In der Vertagung des Reichstages durch den Bundesrat liegt ein bestimmtes System, vorzuziehen, das den Reichstag moralische Zwänge, die Regierung müsse der Reichstagsstellung nehmen, wenn er aus Mangeln besteht. Nach Ablehnung des

Antrages Barth empfand er den sozialdemokratischen Hauptantrag. Die Verfassung müsse abgeändert werden, wenn Diäten zugesagt würden. Die Sozialdemokraten müßten daher die Verfassung nicht halten gegenüber der Regierung (Rechts!). Wenn die, welche dem Reichstag interessiert sind, aus der Kommission austreten müßten, dann hätte die (nach rechts) keine Mehrheit mehr in der Kommission. Vom Reichstag haben sie Vortheil und nur wollen Sie auch noch bezahlt werden. Sie werden in der Kommission ohne Diäten immer auf dem Boden sein, wenn die Sitzungen noch so lange dauern. Der Reichstag soll von uns gehalten, der Reichstag soll nicht (Rechts!). Das Hauptanliegen ist eine verfehlte Idee, wenn die Kommission 3. B. in 40 Sitzungen abhalten würde, so würde man sagen: Gott's Donnerwetter! die Reichs haben ja die 2. Sitzung 30 Mk. bekommen. (Rechts!).
Abg. **Hofmann** (Ul.) bezieht sich auf seine Ausführungen bei der ersten Lesung. Der Antrag Barth würde sie ablehnen. Sie betradachten die Frage als eine rein praktische und würden auf den Boden der Kommissionsschleife treten. Auch keine politischen Freunde bedauert, daß so oft die Entscheidungen des Bundesrats bei Beschüssen des Reichstages sich vergrößert. Der Antrag Barth ist vollständig überflüssig, da in dem Bundesrat ein Einheitsantrag vorliegt.
Abg. Dr. **Wiemer** (fr. Wg.): Meine politischen Freunde lernen die Vorlage auch nach den Beschüssen der Kommission ab. Wir werden jetzt eventuell für den Antrag Barth stimmen, der eine Verbesserung der Vorlage ist, aber dann die ganze Vorlage ablehnen. Das beschließen wir vor auf der Zahlung von allgemeinen Diäten. (Rechts links).
Staatssekretär Graf **Poldowski**: Ich finde es sehr wunderbar, daß man hier die Verfassungsfrage aufstellt, als ob es sich um die wichtigsten Grundlagen des Reiches handelte. Und dabei wird der Reichstag, der Kommissionsschleife Diäten zu zahlen, denn von einem Mitglied der Kommission sind dem Abg. **Wiemer**, ausgegangen, ohne daß damals ein Mensch die Verfassungsfrage aufgestellt hat. Es ist irrtümlich durch das zufällig, Spezialgesetz zu machen, die die Verfassung vollständig ändern. Wir können doch nicht fortwährend die Verfassung ändern, wenn sich 3. B. Notwendigkeit herausstellt, zu anderer Verfassung etwas zu ändern. Aber den Beschluß, den der Reichstag im Mai vorigen Jahres getroffen hat, wird sich der Bundesrat noch in dieser Session schuldig machen. (Lachen links). Eine gesetzliche Bestimmung, die den Bundesrat nötigt, in einer bestimmten Zeit zu den Beschlüssen des Reichstages Stellung zu nehmen, gibt es nicht. Je öfter der Reichstag eine Resolution erläßt, um erstarrter wird ihn der Bundesrat erwidern. (Lachen links).

Abg. **Camp** (Soz.): Ich habe zuerst wegen der Diätenvorlage eine Rede gehalten mit sämtlichen Mitgliedern der Kommission angenommen und kein Mitglied derselben, weder von den Freisinnigen noch von den Sozialdemokraten, hat ein Wort gegen diese Vorlage gesprochen. Ich habe damals ein Mitglied der Reichstagskommission, das keine Ansicht nach die Abänderung der Diätenzahlung auf freundschaftlichem Boden bei der Regierung stellen würde, erfordere seiner Wiederwahl. (Wiederholung links). Da er schien auf einmal ein Zeile in der „Freisinnigen Zeitung“, der aussieht, daß es sich nicht richtig verhalte, wenn die Diäten zu zahlen, denn es ist die Kommission, die die Diäten zahlen soll. Der Artikel ist so aus dem Reichstag erlassen worden. Die Diätenzahlung an die Kommission ist richtig. Ich habe damals ein Mitglied der Kommission, das mich nicht als anderen Mitglied des Reichstages. Wenn die Freisinnigen das Geld nicht nehmen wollen, so erinnere ich sie daran, daß es eine Diäten-Einstellung für kleine Beamte im Handelsministerium gibt. Sie legen (zu den Soz.), daß die Aufnahme von Kommissionsschleife unwirksam ist, aber ich meine, daß es doch notwendig ist, die Diäten zu zahlen, die die Arbeiter sich Diäten zahlen zu lassen, die die Arbeiter sich vom Reichstag abgezogen haben. (Rechts rechts). (Lachen bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Stadthagen** (Soz.) erklärt ausdrücklich, daß kein Mitglied seiner Fraktion irgend eine zutreffende Äußerung zu der Diätenvorlage gemacht, oder die jetzt in der Sitzung über die Diäten vorgetragen werden, die Diäten aus der Reichstagskommission zu beziehen. Aber es handelt sich dabei doch nur um freiwillige Beiträge; die Arbeiter wissen sehr wohl, daß diese Beiträge sehr notwendig sind, damit wir nachdrücklich den Reichstag bekämpfen können.
Abg. Graf **Benfrowitz** (Soz.) tritt für den Reichstagsbeschluß ein.
Abg. **Drach** (Centr.) geht ausführlich auf die Kommissionsschleife ein und führt aus, daß der Reichstag die Diätenvorlage ganz falsch dargestellt habe. Es handle sich hier nur um ganz naive, kindliche Geschichten.
Abg. Dr. **Stamm** (Soz.) erklärt, daß seine Freunde für den Reichstagsbeschluß stehen würden.
Abg. Dr. **Müller-Meinungen** (fr. Wg.) bezieht sich, daß ein Mitglied seiner Partei in der Kommission für die Diätenvorlage sich ausgesprochen habe. Derartige Behauptungen bezöhen nur auf Klatschereien.
Präsident Graf **Balkewitz** rügt diesen Ausdruck als unparlamentarisch.
Abg. Dr. **Müller-Meinungen** (fortfahrend) erklärt, Herr Camp habe nur über die Vertragung, aber nicht über die Diäten mit ihm gesprochen, alle gegenseitigen Behauptungen bezöhen nur auf Unwahrheiten.
Präsident Graf **Balkewitz**: Ich möchte Sie doch bitten, sich nicht über die Diäten vorzutragen, sondern nur den Reichstag sprechen. Ich kann es mir nicht bedenken, daß ich die Diäten vorzutragen aus der Kommission in solcher Weise hier behandelt werden.
Abg. **Viechmann** v. **Sonnenberg** (Antik.) bemerkt, jeder Arbeiter sei seines Lohnes wert, die Kommission arbeite doppelt so viel bei der Reichstags-, er beantragt daher, daß die Kommission doppelt so viel Diäten bekomme wie der Reichstag. (Große Heiterkeit).

Abg. **Stadthagen** führt aus, daß in erster Linie die Abg. Dr. **Baden** und **Spahn** Schuld daran seien, daß in der Vorlage aus der Kommission hier behandelt würden.
Präsident Graf **Balkewitz**: Sie ich Vorladung zur Abstimmung mache, möchte ich nochmals mein großes Bedauern darüber ausdrücken über die Art und Weise, die die Vorlage aus der Kommission heute hier in der Weise zur Sprache gebracht worden sind, die jeder, der es mit der Würde des Reichstages ernst meint, nur tief beklagen kann. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß das künftig vermeiden wird, und daß der Reichstag seine Vorgehensweise in der Kommission unter Namensnennung hier vorzutragen, künftig bezieht wird. (Rechts!).
Abg. Dr. **Hardorf** (Soz.): Gegenüber dem Herrn Präsidenten möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß jetzt von allen Zeitungspartikeln die Vorgehensweise in der Kommission unter Namensnennung nicht die Öffentlichkeit gebracht werden. Das darf nicht geschehen.
Präsident Graf **Balkewitz**: Auf die Zeitungspartikeln habe ich keinen Einfluß, aber ich hoffe doch so viel Einfluß auf die Mitglieder des Hauses zu haben, daß sie meine Bitte erfüllen. (Rechts!).

Die Abstimmung über den Antrag Barth ist eine namentliche. Für den Antrag stimmen 11, dagegen 15 Abgeordnete, dafür 14 Freisinnige, 11 Antiklerikale, Sozialdemokraten und Prinz Eduard-Carolus, dagegen die anderen Parteien. Der Antrag ist also abgelehnt.
Ebenfalls abgelehnt mit 10 gegen 88 Stimmen wird in namentlicher Abstimmung der Antrag **Abricht**.

Der Antrag **Bebel** wird in einfacher Abstimmung abgelehnt. Dafür stimmt nur ein Theil der Sozialdemokraten und der Freisinnigen.
Hierbei sind noch eine dritte namentliche Abstimmung über die Diätenvorlage abgelehnt.
Ebenfalls wird mit 143 gegen 84 Stimmen angenommen, 5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Dagegen stimmen zur Freisinnigen, Polen, Sozialdemokraten und Antiklerikale.
Hierbei wird die zweite Lesung beendet.
Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 1 Uhr (Aufhebung des sitzenden Gerichtslandes, Gerichtsverfahren, Schlichtung, Strafverfahren, Strafverfahren, Strafverfahren).
Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensammlung.
(Bericht der Saale-Ztg.)

72. Sitzung vom 2. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerbüreau: v. Thelen u. a.
Der Herr Oberpräsident der Tagesordnung ist die dritte Verhandlung der Reichstagskommission betreffend die Erweiterung und Vertheilung des Staatsforstbesitzes und die Vertheilung des Staates an dem Bau von Kleinbahnen.
In der Generaldebatte regt Abg. **Witt** (fr. Wg.) an, Organe der Staatsforstverwaltung in die Verwaltungskörper der Kleinbahnen abzugeben. In dem Ausschussbericht des Staates regt eine Art Befreiung die Rechte. Er bitte den Minister um Mittheilung des Materials über die bisherige Entwicklung des Kleinbahnwesens.
Minister v. **Thelen**: Ich kann nur wiederholen, was ich bereits in der Budgetkommission ausgesprochen habe, daß ich sehr gern bereit bin, alles Material, welches dazu beitragen kann, die bisherige Entwicklung des Kleinbahnwesens nach technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht klarzulegen, dem Hause mitzutheilen. Ich würde aber bevor, das Kleinbahnwesen zu beschreiben, daß keine Kleinbahn in der ersten vollständig gleich. Die Kleinbahn wird nur dann ihre spezielle Aufgabe erfüllen, wenn den individuellen Bedürfnissen vollständig Rechnung getragen wird und nicht nur den individuellen Bedürfnissen, sondern auch der individuellen Lebensfähigkeit. Wir wollen durch die Aussicht eines gewissen finanziellen Vortheils für den Staat erlangen, sondern nur die betreffenden Unternehmer thätigst durchzuführen und Schaden zu vermeiden. Aber wenn wir nicht geben, daß wir Organe unserer Staatsforstverwaltung übernehmen in die Wirtschaft der Kleinbahnen hineinverwandeln. Das ist beabsichtigt. Der Staat würde damit gewissermaßen die Verantwortung für die Kleinbahnen in technischer und finanzieller Hinsicht übernehmen.
Es wird hierauf eine große Reihe von Wünschen sozialer Natur zum Vortrag gebracht.
Der Entwurf wird schließlich ohne weitere Spezialdebatte definitiv angenommen.

Es folgen Petitionen, die sich auf Eisenbahnarbeiten beziehen. Berichterstatter sind die Abg. **Gieser** (fr. Wg.), von **Wernin** (Soz.), von **Wappenstein** (Soz.) und **Waltenberg** (Soz.).
A. A. beauftragt Abg. **Stettler** (Soz.) eine Petition um Erbauung einer linksufrigen Mittelbahn-Eisenbahn von Wittfeld nach Döben oder Eilenburg.
Die Petition wird der Regierung als Material übergeben.
Abg. **Ummalle** (Centr.) tritt für eine Petition um Erbauung einer Bahn von Worbis nach Herzberg am Harz ein. Er beantragt, entgegen dem Kommissionsantrag, die Übernehmung als Material vorzuschlagen, die Petition der Regierung zur Erbauung zu überweisen.
Unterstaatssekretär **Stief** erwidert, es sei bei dem Kommissionsbeschluß zu beachten, um nicht den Glauben zu erwecken, daß er bringende Gründe vorliegen, als bei den anderen Vätern. Die Regierung habe sich nicht entschieden, was er zu rechnen, dagegen würde der wichtige Theil des Gebietes leiden durch den Bau einer Kleinbahn dort erschlossen werden können.

Der Antrag **Ummalle** wird abgelehnt, es bleibt bei dem Kommissionsbeschluß.
Präsident v. **Krocher** schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Rechnungsachen, Kommissionsberichte, Antrag **Wobersberg**, betreffend die innere Organisation, und Petitionen.
Abg. **Wobersberg** (Soz.) tritt für die Tagesordnung: Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Petitionen vor der Beratung des Antrages **Wobersberg** auf die Tagesordnung zu setzen, weil sonst die Besorgnis vorliegt, daß wieder die Petitionen ungelöst bleiben. Die Petitionen haben eine große Wichtigkeit, daß ihre Angelegenheiten nicht Jahre lang liegen bleiben. Manche Petitionen ruhen schon seit drei Jahren.
Abg. v. **Wobersberg** (Soz.): Die Beratung meines Antrages wird nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Ich möchte also gegen die Verschiebung der Punkte der Tagesordnung nichts einwenden.
Abg. **Wannich** (Soz.): Ich meine, es kann im Lande keinen günstigen Eindruck machen, wenn die Petitionen immer wieder zurückgestellt werden. Außerdem ist es zu bedenken, daß wir jetzt gar keine Schwerenstage mehr haben.
Abg. **Wobersberg** (Soz.): Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nicht anschließen.
Präsident v. **Krocher**: Ich muß das als einen kleinen Vorwurf für mich hinnehmen, was die Abg. **Wannich** und **Wobersberg** wegen der Schwerenstage gesagt haben. Aber legen Sie mir, wie ich es machen soll, wenn man in dieser Bedrängnis ist? Wir haben heute den 2. Mai und wir sind schon erst mit dem Etat fertig geworden, das Verordnungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Was die schnelle Behandlung der Petitionen betrifft, so kann ich solchen Vorwurf auch nicht auf mir lassen haben. So lange ich die Ehre habe, Präsident dieses Hauses zu sein, wird mir ein ganz geringer Prozentsatz Petitionen unerledigt gelassen. Voriges Jahr allerdings sind sämtliche Petitionen unter dem Tisch geblieben. Das liegt doch nicht an meiner Verschuldung. Man kann doch auch abgesehen machen, wenn plötzlich ein Blitz einschlägt. (Heiterkeit).

Der Präsident erklärt schließlich, er entspreche dem Wunsch des Hauses und verlege die Beratung des Antrages **Wobersberg** hinter die Petitionen.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrnhaus.

7. Sitzung vom 2. Mai 2 Uhr.

Am Ministerbüreau: Schönlud. (ber.)
Auer einigen kleineren Gesetzen, die aus dem Abgeordnetenshaus gekommen waren, wurde das Gesetz, betreffend die Vorschreibungen zum Abgabenerwerb. Es wurde einige Änderungen, deren wichtigste darin besteht, daß dem Staat ein Zuschuß zum Abgabenerwerb zugesagt wird. Die Kommission wollte ihm dieses Recht allgemein zuertheilen, von den Linken wurde verhindert, die Regierungsvorlage wiederzuerstellen, die der Staat ganz auszulagert. Der Mittweg wurde auf Vorschlag des Grafen **Eulenburg** eingeschlagen.

Der Herr Oberpräsident der Tagesordnung ist die dritte Verhandlung der Reichstagskommission betreffend die Erweiterung und Vertheilung des Staatsforstbesitzes und die Vertheilung des Staates an dem Bau von Kleinbahnen.
In der Generaldebatte regt Abg. **Witt** (fr. Wg.) an, Organe der Staatsforstverwaltung in die Verwaltungskörper der Kleinbahnen abzugeben. In dem Ausschussbericht des Staates regt eine Art Befreiung die Rechte. Er bitte den Minister um Mittheilung des Materials über die bisherige Entwicklung des Kleinbahnwesens.
Minister v. **Thelen**: Ich kann nur wiederholen, was ich bereits in der Budgetkommission ausgesprochen habe, daß ich sehr gern bereit bin, alles Material, welches dazu beitragen kann, die bisherige Entwicklung des Kleinbahnwesens nach technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht klarzulegen, dem Hause mitzutheilen. Ich würde aber bevor, das Kleinbahnwesen zu beschreiben, daß keine Kleinbahn in der ersten vollständig gleich. Die Kleinbahn wird nur dann ihre spezielle Aufgabe erfüllen, wenn den individuellen Bedürfnissen vollständig Rechnung getragen wird und nicht nur den individuellen Bedürfnissen, sondern auch der individuellen Lebensfähigkeit. Wir wollen durch die Aussicht eines gewissen finanziellen Vortheils für den Staat erlangen, sondern nur die betreffenden Unternehmer thätigst durchzuführen und Schaden zu vermeiden. Aber wenn wir nicht geben, daß wir Organe unserer Staatsforstverwaltung übernehmen in die Wirtschaft der Kleinbahnen hineinverwandeln. Das ist beabsichtigt. Der Staat würde damit gewissermaßen die Verantwortung für die Kleinbahnen in technischer und finanzieller Hinsicht übernehmen.
Es wird hierauf eine große Reihe von Wünschen sozialer Natur zum Vortrag gebracht.
Der Entwurf wird schließlich ohne weitere Spezialdebatte definitiv angenommen.

Es folgen Petitionen, die sich auf Eisenbahnarbeiten beziehen. Berichterstatter sind die Abg. **Gieser** (fr. Wg.), von **Wernin** (Soz.), von **Wappenstein** (Soz.) und **Waltenberg** (Soz.).
A. A. beauftragt Abg. **Stettler** (Soz.) eine Petition um Erbauung einer linksufrigen Mittelbahn-Eisenbahn von Wittfeld nach Döben oder Eilenburg.
Die Petition wird der Regierung als Material übergeben.
Abg. **Ummalle** (Centr.) tritt für eine Petition um Erbauung einer Bahn von Worbis nach Herzberg am Harz ein. Er beantragt, entgegen dem Kommissionsantrag, die Übernehmung als Material vorzuschlagen, die Petition der Regierung zur Erbauung zu überweisen.
Unterstaatssekretär **Stief** erwidert, es sei bei dem Kommissionsbeschluß zu beachten, um nicht den Glauben zu erwecken, daß er bringende Gründe vorliegen, als bei den anderen Vätern. Die Regierung habe sich nicht entschieden, was er zu rechnen, dagegen würde der wichtige Theil des Gebietes leiden durch den Bau einer Kleinbahn dort erschlossen werden können.

Der Antrag **Ummalle** wird abgelehnt, es bleibt bei dem Kommissionsbeschluß.
Präsident v. **Krocher** schlägt vor, die nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Rechnungsachen, Kommissionsberichte, Antrag **Wobersberg**, betreffend die innere Organisation, und Petitionen.
Abg. **Wobersberg** (Soz.) tritt für die Tagesordnung: Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Petitionen vor der Beratung des Antrages **Wobersberg** auf die Tagesordnung zu setzen, weil sonst die Besorgnis vorliegt, daß wieder die Petitionen ungelöst bleiben. Die Petitionen haben eine große Wichtigkeit, daß ihre Angelegenheiten nicht Jahre lang liegen bleiben. Manche Petitionen ruhen schon seit drei Jahren.
Abg. v. **Wobersberg** (Soz.): Die Beratung meines Antrages wird nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Ich möchte also gegen die Verschiebung der Punkte der Tagesordnung nichts einwenden.
Abg. **Wannich** (Soz.): Ich meine, es kann im Lande keinen günstigen Eindruck machen, wenn die Petitionen immer wieder zurückgestellt werden. Außerdem ist es zu bedenken, daß wir jetzt gar keine Schwerenstage mehr haben.
Abg. **Wobersberg** (Soz.): Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nicht anschließen.
Präsident v. **Krocher**: Ich muß das als einen kleinen Vorwurf für mich hinnehmen, was die Abg. **Wannich** und **Wobersberg** wegen der Schwerenstage gesagt haben. Aber legen Sie mir, wie ich es machen soll, wenn man in dieser Bedrängnis ist? Wir haben heute den 2. Mai und wir sind schon erst mit dem Etat fertig geworden, das Verordnungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Was die schnelle Behandlung der Petitionen betrifft, so kann ich solchen Vorwurf auch nicht auf mir lassen haben. So lange ich die Ehre habe, Präsident dieses Hauses zu sein, wird mir ein ganz geringer Prozentsatz Petitionen unerledigt gelassen. Voriges Jahr allerdings sind sämtliche Petitionen unter dem Tisch geblieben. Das liegt doch nicht an meiner Verschuldung. Man kann doch auch abgesehen machen, wenn plötzlich ein Blitz einschlägt. (Heiterkeit).

Der Präsident erklärt schließlich, er entspreche dem Wunsch des Hauses und verlege die Beratung des Antrages **Wobersberg** hinter die Petitionen.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Bermittltes.

Hausf. Witten ist mit seiner Familie und seinem Weiser und ...

Ein freier Hausverkauf auf dem Bahnhof Friedriehstraße in Berlin ...

Der Trauerer Warten ist Donnerstag nachmittag von Gumbinnen ...

Zur Grundbesitzfrage im D o b b i f f e r t e i l wird weiter berichtet ...

Im Tsch. Erbschaften wurde in G r o s s w a r d e n bei der Advokat ...

Von einer Sperdlerkrankung auf einem Schiffe wird aus Londonburg ...

Wetter-Ansichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

- 4. Mai: Klarheit kühl, wollos, theils sonnig, Regenfälle.
5. Mai: Veränderlich, theils kühl, Abreg.
6. Mai: Wolky, theils heiter. Strichweise Regen. Wärmer.

Meteorologische Station zu Halle.

Table with 3 columns: Barometrischer Stand, Thermometer, and other meteorological data for Halle.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Düsseldorf, 2. Mai. Auf Kohlenmarkt Änderung nicht eingetreten. Eisenmarkt ruhig, bei stetigen Preisen.

Getreide, Mühlen-Ertragnisse u. s. w. New York, 2. Mai. [Telegr.] Rother Winterweizen ...

Industrie-Aktionen. A.-G. f. Anilinfabr. ... 115 942,000

Leipziger Börse, 2. Mai. 2. Mai. Weizen loco ... 100,000

Petroleum. Hamburg, 2. Mai. Petroleum still. Standard white loco ...

Hamburg, 2. Mai. Spiritus loco ... 12 1/2

Oleasant. Oelo. Petroleum. New York, 2. Mai. [Telegr.] Schmalz Western steam ...

Metalle. London, 1. Mai. 3 Uhr nachm. Kupfer fest Tagesmarkt ...

Berliner Börse vom 2. Mai. (Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gest. Abendblatt.)

Bank-Disconto. Berlin Wechsel 3. Lomb. 4. Amsterdam 3. Brüssel 3. Wien 3.

Deutsche Fonds- u. Staatspap. Berliner Stadt-Obl. 3 1/2 97,000

Deutsche Eisen-Prior.-Oblig. Dortmund-Gronau 4 1/2 100,000

Ausländische Fonds. Argent Gold-Anl. 4 1/2 81,750

Eisenbahnen. Ostpreuss. Eisenbahn 4 1/2 100,000

Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Ansbach-Münchinger 7 1/2 124,500

Ansbach Eisenbahn-Stamm-Prior.-Aktionen. Ausg.-Tepitz 13,4

Westfälische Anl. 4 35,000

Leipziger Börse, 2. Mai. 2. Mai. Weizen loco ... 100,000

Leipziger Börse, 2. Mai. 2. Mai. Weizen loco ... 100,000

Leipziger Börse, 2. Mai. 2. Mai. Weizen loco ... 100,000

Leipziger Börse, 2. Mai. 2. Mai. Weizen loco ... 100,000

Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 65 gegen 71 im vorigen Jahre.

Table with columns: Stahl und Unstahl, Fall/Woche, and various steel grades.

Table with columns: Mollau, Leier, Eger, Elbe, and various grades.

Schleppschiffahrt auf der Elbe. Aken, 2. Mai. Elkan Nr. 28, Strm. Becker, und Elkan Nr. 106, Strm. Köppe, sind heute hier eingetroffen.

Table with columns: Bergwerks- u. Hütten-Ges., and various companies.

Table with columns: Oblig.-u. Industr.-u. Bergw.-Ges., and various companies.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

Table with columns: Bank-Aktionen, and various banks.

(Bei Unterhaltungsbeiträgen und Blätter für's Haus.)